



HESSISCHER LANDTAG

13. 09. 2022

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****Gemeinsam die Folgen des Angriffskriegs auf die Ukraine bewältigen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt seine Solidarität mit der Ukraine. Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Kriegsführung ist grausam und mit unsagbarem Leid für die Zivilbevölkerung verbunden. Deutschland wird die Ukraine weiter in ihrem Kampf für Frieden und Freiheit unterstützen. Gemeinsam mit der Ukraine verteidigen wir die regelbasierte Ordnung und unsere Werte von Freiheit und Demokratie. Denn es ist auch ein Kampf für Frieden und Freiheit in Europa, für die Stärke des Rechts statt des Rechts des Stärkeren, für Demokratie und Selbstbestimmung.
2. Hauptleidtragende des von Russland verursachten Krieges sind die Menschen in der Ukraine. Das darf bei allen Debatten über die Auswirkungen des Krieges auch auf Deutschland nie vergessen werden. Wir kämpfen mit den Folgen des Krieges; die Menschen in der Ukraine jedoch kämpfen um ihr Leben und ihre Freiheit. Den aus der Ukraine zu uns geflohenen Menschen wollen wir mit dem hessischen Aktionsplan Ukraine weiterhin bestmöglich helfen.
3. Der Beginn des Krieges hat die bisherige sicherheitspolitische Ordnung Europas nach dem Fall des Eisernen Vorhangs beendet. Heute ist der Krieg zurück in Europa. Er wird direkt als militärischer Überfall auf die Ukraine geführt. Er wird von der russischen Führung auch indirekt geführt. Energielieferungen werden als Waffe eingesetzt. Gezielte Lügen und Desinformationen über die klassischen wie die sozialen Medien werden gestreut. Die öffentliche Infrastruktur ist russischen Hackerangriffen ausgesetzt.
4. Das Ziel der russischen Führung ist klar: die demokratischen Länder sollen destabilisiert werden. Dieser Plan wird nicht aufgehen. Der Landtag erteilt auch allen Kräften in unserem Land eine klare Absage, die die aktuelle Krise nutzen wollen, um Ängste zu schüren, unsere Demokratie infrage zu stellen oder Menschen aufzuwiegeln oder zu radikalisieren. Unsere Antwort auf die Krise ist klar: Wir lassen uns nicht spalten. Wir stehen solidarisch zusammen im eigenen Land und mit den Menschen in der Ukraine.
5. Trotz aller notwendigen Debatten über den richtigen Weg und die richtigen Antworten auf die aus diesem Krieg erwachsenden Herausforderungen für Deutschland und Hessen betont der Landtag: Die Ursache für die aktuellen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Inflation, hohe Energiepreise, gestörte Produktionsketten sind unmittelbare Folgen des Krieges. Nicht alle Auswirkungen werden sich durch staatliches Handeln ausgleichen lassen. Umso wichtiger ist es, die unvermeidbaren Lasten zu mindern, gerecht zu verteilen und den Menschen gezielt zu helfen, die besonders betroffen sind und die Krise nicht aus eigener Kraft bewältigen können.
6. Der Landtag erkennt an, dass bereits umfangreiche Maßnahmen zur Abfederung der Krise ergriffen wurden. Er ist überzeugt, dass es in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Solidarität der Gesellschaft und der Bürgerinnen und Bürgern gelingen wird, die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft sicher durch diese Krise zu führen, um im Anschluss gestärkt aus ihr hervorzugehen. Hessen ist bereit, hierzu einen starken Beitrag zu leisten, auch wenn über die konkrete Ausgestaltung vieler Maßnahmen – auch im Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern – noch diskutiert werden muss. Er geht davon aus, dass dies in der bereits geplanten Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bund und den weiteren Beratungen im Bundesrat erfolgen wird.

7. Der Landtag spricht sich dafür aus, die Wirkung der Maßnahmen in Bund und Land regelmäßig auf ihre Wirkungen zu überprüfen und darüber auch mit den Sozialverbänden sowie anderen Akteurinnen und Akteuren, zum Beispiel aus Wirtschaft, Kultur und Landwirtschaft zu beraten. Der Landtag begrüßt daher den von der Landesregierung beim Gasgipfel angekündigten Runden Tisch mit den Sozialverbänden

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 13. September 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)